

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Peter Schmiedlechner
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Kostenlawine Stoppen – Entlastungspaket für die Landwirtschaft**

eingbracht im Zuge der Debatte zu TOP 11, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1669 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2023 (Bundesfinanzgesetz 2023 – BFG 2023) samt Anlagen (1787 d.B.) – UG 42

Der Grüne Bericht 2022¹ dokumentiert das erschütternde Versagen der österreichischen Agrarpolitik. Die Betriebszahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe lag im Jahr 2020 mit 154.593 um 11 % unter jener der letzten Vollerhebung im Jahr 2010. Mit der Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen und/oder mit der Nutztierhaltung beschäftigten sich im Erhebungsjahr 110.781 landwirtschaftliche Betriebe – um 21 % weniger als vor zehn Jahren.



Quelle: Grüner Bericht 2022, Seite 70ff, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/III/III_00746/index.shtml.

¹ www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/III/III_00746/index.shtml

Die Ursachen für das Höfesterben sind vielfältig. Das Leben als Landwirt wird auf der einen Seite immer bürokratischer und teurer, während auf der anderen Seite die Einkünfte stagnieren. Beim mehrjährigen Vergleich der Entwicklung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je Betrieb zeigt sich, dass die Einkommenssituation 2021 nach einem Aufschwung wieder auf dem Stand von 2012 ist.



Quelle: Grüner Bericht 2022, Seite 106.

Von Ernährungssouveränität für Österreich kann keine Rede sein, seitens der Bundesregierung zeigt man sich trotz aller Krisen durchwegs optimistisch. Die Bäuerinnen und Bauern fragen sich zu Recht, woher dieser Optimismus kommt. Statt Politik nach dem Prinzip Hoffnung, wäre es nunmehr an der Zeit für konkrete Maßnahmen. Es wird nicht genügen, zu warten, bis alle kleinen Betriebe zugesperrt haben, um dann statistische Steigerungen der Durchschnittseinkommen feiern zu können.

Der Bundesminister für Landwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft wird daher aufgefordert, zugunsten der heimischen Landwirte das folgende Entlastungspaket umzusetzen:

- **Überarbeitung der GAP:** Es braucht weniger EU-Bürokratie. Statt Bauern zu verpflichten weitere Flächen aus der Produktion zu nehmen, muss die heimische Produktion unterstützt und gestärkt werden - mit dem Ziel mehr Regionalität und weniger Lebensmittelimporte.
- **SV-Beiträge erlassen bzw. vom Staat übernehmen:** Als gerechte, rasche und unbürokratische Hilfe, braucht es einen Rettungsschirm und echte Unterstützung für die Landwirtschaft.
- **AMA-Marketing Beiträge abschaffen:** Allein laut den aktuellsten Zahlen vom Jahr 2020 hat die AMA-Marketing knapp 19 Millionen Euro an Beiträgen eingenommen, die besser bei den bäuerlichen Familien geblieben wären.
- **Kostenexplosion bremsen:** Die Mehrwertsteuer und Mineralölsteuer müssen für alle landwirtschaftlichen Betriebe ausgesetzt werden, um die explodierenden Produktionskosten einzudämmen.


- **Agrargipfel für Ernährungssouveränität:** Der Stand der heimischen Ernährungssouveränität muss endlich im Rahmen eines Agrargipfels diskutiert werden, um sinnvolle Konzepte für die Zukunft zu erarbeiten

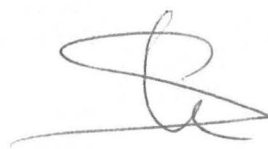
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden


ENTSCHLIESSUNGSANTRAG


Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Landwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft wird aufgefordert, das freiheitliche Entlastungspaket zugunsten der heimischen Landwirte im Sinne der Antragsbegründung umzusetzen.“


(SCHINDLAUER)


(SCHWEDETZ)


(LAUSCH)


(RAUCH)


(GRAF)

